

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Genuß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erschließung bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Verkaufs-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-8.

Die achtzehntägige Kampfbroschüre über den Kampf um die Unabhängigkeit Polens kostet 1,- M., einschließlich Transportzuschlag. Kleine Anzeigen: Das letzte Heft des Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: Das letzte Heft des Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein russischer Situationsbericht

England als Vermittler

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Kopenhagen, 9. August.

Die Moskauer Funkstation berichtet in der Nacht zum 9. über die laufenden Verhandlungen. Der Anfang des Berichtes ist verstimmt eingegangen. Der Bericht führt dann fort: In der ersten Hälfte des Juli gibt England sich augenscheinlich alle Mühe, den Vormarsch der Räteruppen ins Innere Polens aufzuhalten, während es seine Haltung in der Frage der direkten Verhandlungen zwischen Rußland und Polen wesentlich ändert. Der englische Außenminister erklärte am 28. Juli, daß England nicht auf seiner Beteiligung an den Unterhandlungen zwischen Rußland und Polen bestehe. Die Alliierten rieten Polen sofort, die Friedensverhandlungen zu beginnen. Sollten die Sowjettruppen trotz der Bitte um Waffenstillstand den Vormarsch fortsetzen, so wäre die Entente verpflichtet, Polen die versprochene Hilfe zu leisten.

Die Reise Kamenews und Krassin nach London wurde infolgedessen aufgeschoben, bis in der Tat Polen den Vorschlag zu direkten Friedensverhandlungen machte. Allerdings wurde dabei an die Räteregierung die neue Forderung gerichtet, daß an der Beratung über den endgültigen Frieden auch die Vertreter der Randstaaten, die noch nicht mit Rußland Frieden geschlossen haben, teilnehmen sollten. Nach den Verhandlungen über den Frieden mit Polen und der Erledigung der Streitfragen zwischen Rußland und den Randstaaten sollte dann die Konferenz zu Verhandlungen mit den Alliierten schreiten. Nachdem die polnischen Vertreter aus Baranowitschi abgereist waren, kam eine neue englische Note: Wenn die Räteregierung auf einem Frieden mit Polen ohne Beteiligung der anderen Mächte bestünde, so sei die Einberufung einer größeren Konferenz nicht nötig. Wenn aber die Räteregierung ihre Armeen weiter in Polen einrücken lasse, so müßten die Alliierten sich einmischen. Am 4. August riefen Lloyd George und Bonar Law die Genossen Kamenew und Krassin zu sich und erklärten ihnen, da die Räteruppen auf Warschau vorrückten, so würde die englische Flotte in See gehen. Der Befehl zur Erneuerung der Blockade sei gegeben und am 5. August würde man mit dem Beladen von Munition in Danzig beginnen. Genosse Kamenew erklärte, die Räteregierung könne angesichts der Tatsache, daß die Verbündeten den General Wrangel unterstützten, nicht darauf eingehen, wirkliche Garantien dafür zu geben, daß die Kampfhandlung eingestellt werde. Sie sei bereit, mit den Polen in Friedensverhandlungen zu treten, und dabei überzeugt, daß direkte Verhandlungen zwischen Polen und Rußland die Interessen beider Völker am besten berücksichtigen werden. Die Verhandlungen mit der englischen Regierung dauern fort, aber das Ultimatum vom 4. August mit der Drohung der Erneuerung der Blockade hat eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen, die einer Verständigung zwischen der Sowjetregierung und England stark behindert.

Ein späterer, von Tschitscherin unterzeichneter Funkpruch, der ebenfalls im Anfang stark verstimmt ist, beschäftigt sich mit den russisch-französischen Beziehungen. Er erklärt: Während die russische Regierung von ihrem Recht überzeugt sei, Maßnahmen zu ergreifen, um aus Gründen der Selbstverteidigung den Transport des für militärische Aktionen gegen Rußland bestimmten Kriegsmaterials zu verhindern, wünsche sie gleichzeitig den Streit zu einer schnellen Erledigung zu führen und ersuche die britische Regierung, in dieser Sache als Vermittler zwischen Rußland und Frankreich aufzutreten. Die russische Regierung bringe dies ebenfalls zur Kenntnis der französischen Regierung. In Anbetracht der intimen Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich sowie zwischen England und dem General Wrangel haben sie um so mehr Gründe, um die Vermittlung Großbritanniens zu ersuchen. Die Antwort Großbritanniens auf das Gesuch in dieser Angelegenheit werde zweifellos eine Kundgebung der Aufrichtigkeit, Fähigkeit und der vorurteilsfreien und unparteiischen Entscheidung Großbritanniens sein. Der russische Funkpruch schließt: Je größer das Interesse ist, mit welcher großer Nähe der Entscheidung der britischen Regierung entgegenzusehen, desto größer ist unsere Bereitwilligkeit, der letzteren Vertrauen in dieser Angelegenheit entgegenbringen zu können.

Erneute Blockade

Vereinbarungen zwischen England und Frankreich

Paris, 9. August.

Nach einer Hasasmeldung aus Sythe konferierten Millerand und Lloyd George heute von 10 bis 2 Uhr. Die Verhandlungen werden nachmittags fortgesetzt. Die Marschälle Foch und Wilson, sowie der Admiral Beatty, wohnen der Beratung bei, die der Prüfung und Aufstellung von Maßnahmen gewidmet war, die von den Alliierten gegen die Sowjets ergriffen werden könnten. Unter diesen Maßnahmen befindet sich die Blockade Rußlands und die Vereinbarung einer Defensivfront mit den Randstaaten Rußlands, Litauen, Estland, Finnland usw. Die Frage sei nur, ob man, wie ein von englischer Seite ausgehender Wunsch äußert, die Aktion gegen die Sowjets abhängig machen wolle von der Weigerung Polens, die Bedingungen der Volkse-

wisten anzunehmen. Ferner wurde die Frage erörtert, ob Kamenew und Krassin angesichts der Haltung der Regierung von Moskau sich noch weiter in London aufhalten dürften. In britischen Kreisen glaubt man, die russischen Handelsdelegierten seien mit ganz bestimmten Bedingungen nach London gekommen, und eine wirtschaftliche Mission könne nicht verantwortlich gemacht werden für die politischen Entscheidungen ihrer Regierung. Ihre Ausweisung könne daher nur motiviert werden, wenn sie die persönlich übernommenen Verpflichtungen nicht halten würden. Von französischer Seite wird bemerkt, daß, wenn sich die Alliierten zur Blockade Rußlands entschließen, die Handelsdelegierten nichts mehr in London zu tun hätten und daß eine Zwangsmahnahme dieser Art gegenüber einer Regierung nicht verstanden werden würde, deren Vertreter man zu gleicher Zeit in England dulde. Man hofft heute nachmittags die noch abweichenden Gesichtspunkte klären zu können. Millerand wird gegen 6 Uhr nach Paris abreisen. Lloyd George wird im Laufe des Abends nach London zurückkehren.

Mobilisierung der englischen Flotte?

St. London, 9. August.

Es verlautet, daß die Konferenz der militärischen und maritimen Sachverständigen gestern abend begann und bis tief in die Nacht hinein dauerte. Die Sachverständigen sind zu einer vollkommenen Uebereinstimmung bezüglich der Pläne, den holländischen Aufmarsch zum Stillstande zu bringen, gekommen. Man rechnet mit der Möglichkeit eines sofortigen Mobilisierung der britischen Flotte.

St. London, 9. August.

„Daily Telegraph“ meldet, daß die Entente versuchen werde, Polen zu retten, vor allem auch vor einer Einmischung in seine sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen. Der Ententeplan sei völlig defensiv und enthalte keinerlei aggressive Pläne.

Die Abwehr-Aktion

Rüstungen für den Generalstreik

Amsterdam, 9. August.

Heute abend findet in London eine außerordentliche Tagung des Parlamentarischen Ausschusses der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission statt, um zu den Geschlüssen von Sythe Stellung zu nehmen. Zwischen den sozialistischen Organisationen Großbritanniens und Frankreichs sind Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen für den Fall, daß der Krieg gegen Sowjetrußland Tatsache werden sollte, getroffen worden. In beiden Ländern wird bereits der Generalstreik vorbereitet. Die „Humanite“ veröffentlicht ein Manifest, in dem es heißt: „Kein Mann, keine Granate für das reaktionäre, kapitalistische Polen! Es lebe die russische Revolution! Es lebe die Arbeiterinternationale!“

Wieder ein Ententezug angehalten

St. Berlin, 9. August.

Wie die Linienkommandantur Erfurt meldet, ist dortselbst ein Zug angehalten worden, der aus 20 Güterwagen zusammengesetzt war und in dem sich 2 französische Offiziere in Begleitung einiger Damen befanden. Der Zug war nach Lissa bestimmt. Deutscherseits ist um Ausklärung gebeten worden, was in den 20 Güterwagen enthalten sei.

Aufruf der Ufa

Gegen die Neutralitätsverletzung

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erklärt: Nach den aussehenerregenden Mitteilungen der deutschen Regierung besteht für Deutschland die unmittelbare Gefahr, durch einen völkerrechtswidrigen Neutralitätsbruch der Entente in die zurzeit bestehenden Kriegswirren hineingezogen und damit unter Umständen Kriegsgefangener zu werden. Unser durch einen mehr als vierjährigen verlorenen Krieg ohnehin schon völlig zerrüttetes Wirtschaftsleben würde dadurch mit Sicherheit vernichtet werden. Militärischer Widerstand gegen ein gewalttätiges Vorgehen der Entente ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Nur die werktätige Bevölkerung Deutschlands — Arbeiter, Angestellte und Beamte — ist imstande, diese furchtbare Gefahr von uns abzuwenden, indem sie jeden Versuch eines Neutralitätsbruchs, insbesondere Waffen- oder Truppeneinfuhr, mit ihren organisierten Widerstand verhindert. Die freien Arbeitergewerkschaften Deutschlands und die sozialistischen Parteien haben die deutsche Arbeiterschaft aufgefordert, für die Aufrechterhaltung der unverbrüchlichen Neutralität Deutschlands einzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände stellt sich in dieser Stunde dringender Gefahr an die Seite der Arbeiterschaft und fordert die deutsche Angestelltenchaft auf, jeden Versuch einer Neutralitätsverletzung mit allen Kräften zu verhindern.

Wahltag der Arbeiterpartei. Durch die in Süd-Rosoff abgehaltene Erloswahl ist der Wahlkreis aus den Händen der Koalitions-Unionisten in die der Arbeiterpartei übergegangen.

Rußland und Polen

Während die Delegierten der russischen Sowjetregierung in London bemüht sind, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die dem Abschluß eines Gesamtfriedens im Osten im Wege stehen, vollzieht sich in Polen das unererbte Straßengericht, das die großwahnsinnigen polnischen Machthaber über sich heraufbeschworen haben. Unaufhaltsam rücken die russischen Armeen konzentrisch gegen die polnische Hauptstadt vor, und wenn es in den nächsten Tagen nicht zum Abschluß eines Waffenstillstandes kommt, ist es kaum zu bezweifeln, daß Polen in kurzer Zeit völlig in die Hände der Sowjettruppen fällt.

Die polnischen Machthaber sehen die nahe Katastrophe und das Ende ihrer Herrlichkeit voraus. Doch anstatt aus der durch eigene Schuld herbeigeführten Lage die Konsequenzen zu ziehen und sich offen und ehrlich auf den Boden der Verständigung mit Sowjetrußland zu stellen, suchen sie, wie das Gespräch des polnischen Vizekanzlers Daszynski mit dem französischen Abgeordneten Lafont deutlich gezeigt hat, in der Hoffnung auf die Hilfe Frankreichs und Englands Zeit zu gewinnen, um ihre alte Politik gegen Sowjetrußland fortzusetzen. Gleichzeitig fenden die Delegierten der polnischen Rechtssozialisten auf dem Genfer Kongreß Czapsinski und Niedzialkowski, die Lüge in die Welt hinaus, daß Polen einen „Verteidigungskrieg“ gegen die Sowjetregierung führe und sich im Interesse seiner Unabhängigkeit des Einmarsches der russischen Armeen erwehren müsse.

Die Argumentation der polnischen Rechtssozialisten erinnert vollkommen an die Redensarten der deutschen Mehrheitssozialisten, die vier Jahre lang die Schuld des faulerischen Deutschland am Kriege leugneten und im Interesse der „Vaterlandsverteidigung“ den imperialistischen Brandstiftern und Eroberern Helfersdienste leisteten. Es ist deshalb durchaus begründlich, daß der „Vorwärts“ sein Papier zur Veröffentlichung der Erklärungen der polnischen Rechtssozialisten hergibt, die noch heute das Vorgehen Polens gegen die Ukraine, das den polnisch-russischen Krieg heraufbeschwor, verteidigen und gleichzeitig darüber jammern, daß Rußland nun zur Abwehr des trivialen polnischen Angriffs gegen das imperialistische Polen vorgegangen ist.

Die polnischen Rechtssozialisten appellieren an die Arbeiter der westeuropäischen Länder, indem sie sich als die Beschützer der „Unabhängigkeit“ Polens ausgeben. Doch im Namen dieser „Unabhängigkeit“ hat einer ihrer Führer, Pilsudski, mit französischer und englischer Hilfe den polnischen Militarismus großgezögelt und die Grundlagen für jene eroberungsfüchtige Politik geschaffen, die ihre logische Konsequenz in dem Einmarsch der Polen in die Ukraine und dem Krieg gegen Sowjetrußland fand. Und im Namen derselben „Unabhängigkeit“ deutet der Führer der polnischen Rechtssozialisten Daszynski, der eigentliche Chef der polnischen Regierung, die Politik seiner Vorgänger und sichert die Grundlagen des polnischen Junkerstaates durch eine brutale Gewaltherrschaft gegen die revolutionäre Arbeiterklasse.

Die heutigen Sachwalter der Unabhängigkeit Polens haben den polnischen Volksmassen auf das deutlichste vor Augen geführt, wie die polnische Unabhängigkeit nicht gewahrt werden soll. Die bürgerlichen Parteien ebenso wie die Nationalsozialisten haben sich als ungetreue Sachwalter des Gutes erwiesen, das dem polnischen Volke, nach einem Jahrhundert nationaler Zerrissenheit und Erniedrigung, durch den Verlust des Weltkrieges zugefallen war. Sie haben die nationale Einheit benützt, um ihrerseits die russisch-preussisch-österreichischen Unterdrückungsmethoden gegen die nationalen Minderheiten — die Ruthenen, die Litauer, die Deutschen, die Juden — anzuwenden. Sie haben die Wiederherstellung des unabhängigen Polens als Vorwand genommen, um mit unerfüllter Ländergier ihre Hände nach litauischen, weißruthenischen, ukrainischen Provinzen auszustrecken und den polnischen Staat zum Söldner des französischen Imperialismus herabzuwürdigen.

Und ebenso wie mit den bürgerlichen und nationalsozialistischen Wortführern der polnischen Unabhängigkeit in Polen selbst, erging es auch ihren Verteidigern in den westeuropäischen Ländern. Für Bethmann Hollweg war die Proklamierung des unabhängigen Polens im November 1916 nichts weiter als ein strategischer Schachzug gegen Rußland, während der drei Jahrzehnte ihres Bündnisses mit dem zaristischen Rußland gemeldet war. Sie wurde erst dann zur eifrigen Anhängerin des unabhängigen Polens, als sich ihr nach der Umbildung Deutschlands die Möglichkeit bot, sich in Gestalt des jetzigen, von Junkern und Kapitalisten regierten Polens einen jederzeit willfährigen Sekundanten und Diener im Osten zu schaffen.

Der Zusammenbruch, der sich jetzt auf den polnischen Schlachtfeldern vollzieht, bedeutet nicht den Zusammenbruch des unabhängigen Polens, sondern den Zusammenbruch einer Politik, die unter dem Schein der Unabhängigkeit die Geschäfte der imperialistischen Raubpolitik besorgte. In Wirklichkeit ist die Unabhängigkeit Polens von den streitenden Armeen Sowjetrußlands nicht bedroht. Diese schaffen vielmehr erst durch die Zerstörung der imperialistischen Gewaltspolitik die Voraussetzungen, auf denen das Selbst-

bestimmungsrecht des polnischen Volkes, unbehindert durch fremde Einflüsse, zur freien Auswirkung kommen kann.

Die russische Sowjetregierung hat in allen ihren Kundgebungen aus den letzten Wochen und Monaten ihren unerschütterlichen Willen bekundet, an der Idee der Selbstbestimmung des polnischen Volkes und der Unabhängigkeit Polens festzuhalten. Mit aller Deutlichkeit kommt dieser Grundgedanke der Sowjetpolitik zum Ausdruck in dem kürzlich von der Sowjetregierung herausgegebenen Rotbuch über die russisch-polnischen Beziehungen von 1918 bis 1920, das eine Sammlung der wichtigsten diplomatischen Akten, beginnend mit der Deklaration der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk vom 12. Januar 1918 bis zu dem Aufruf des Allrussischen Exekutivkomitees an die polnischen Arbeiter und Bauern bei Beginn der polnischen Offensive im Mai 1920 enthält. In dem Vorwort zu dieser Dokumentensammlung schreibt der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitschewin:

„Sowjetrußland zwingt niemanden weder seine Gewalt, noch seine Verfassung und seine Grundsätze auf; es trägt auf den Spitzen seiner Bajonette nicht jene revolutionären Erzeugnisse, sondern, zu denen die arbeitenden Massen eines jeden Volkes durch ihre eigenen Anstrengungen gelangen müssen. Es erkennt unabänderlich an, daß jedes Volk selbst sein eigenes Schicksal bestimmen muß. Dem ersten Worte an, das die Vertreter Sowjetrußlands über die polnische Frage ausgesprochen, ist unabänderlich, jederzeit bei allen Aktionen und politischen Handlungen der Sowjetregierung gegenüber Polen die unbedingte und absolute Anerkennung seines Selbstbestimmungsrechts und das konsequente Bestreben betont worden, alle Konflikte mit Polen aus dem Wege zu räumen.“

Die hier ausgesprochenen leitenden Gesichtspunkte der Sowjetregierung sind auch für ihr jegliches Verhalten gegenüber Polen richtunggebend. Nach wie vor stehen die leitenden Kreise Sowjetrußlands auf dem Standpunkte, daß die Freiheit nicht von fremden Bajonetten ins Land getragen werden kann, sondern daß jedes Volk seine Befreiung durch eigenen revolutionären Kampf verwirklichen muß. Sie haben auch soviel Einblick in die eigenartigen sozialen Verhältnisse Polens, mit seiner schwach organisierten zersplitterten Arbeiterschaft, seinem vom Merkantilismus und Nationalismus beherrschten Kleinbürgertum, und seiner rückständigen Bauernschaft, daß sie sich wohl davon Rechenschaft abgeben, auf wie schwachen Füßen eine mit fremder Waffengewalt aufgezwungene kommunistische Gesellschaftsverfassung in Polen stehen würde. Das Geschrei über die bevorstehende „Sowjetisierung“ Polens kann deshalb nicht ernst genommen werden, es dient vielmehr dem durchsichtigen Zweck der Stimmungsmache gegen die Herbeiführung des polnisch-russischen Friedens. Was die russischen Roten Armeen im Dienste der Sowjetpolitik geleistet haben, ist nicht die Sowjetisierung Polens, sondern die Sicherung Sowjetrußlands gegen die Angriffe des hinter Polen liegenden englisch-französischen Imperialismus und die Beseitigung jener inneren Hemmungen, die dem Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Massen Polens, diesem eigentlichen und wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Nation im Wege stehen. Von der politischen Reife und Tatkraft der arbeitenden Massen Polens wird es nun abhängen, daß sie nach dem Zusammenbruch der junkerlich-kapitalistischen Eroberungspolitik ihr Schicksal selber in die Hand nehmen und nach Herstellung friedlicher Beziehungen zur russischen und ukrainischen Sowjetrepublik die Unabhängigkeit Polens auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus aufrichten.

Der ungarische Bannerträger

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die magyarische Konterrevolution wähnt, daß nun durch den Vormarsch der Russen ihre große Stunde gekommen ist. Schon immer haben sie darauf gebaut, daß die Entente Waffenhilfe gegen die Sowjets heischen wird und sie, die den Bolschewismus im eigenen Lande so gründlich „ausgerottet“ haben, eignen sich zu „Vorkämpfern“ und Bannerträgern in diesem Kreuzzug der Weltreaktion wider den Sozialismus. Schon vor Monaten machten sie den Engländern den Vorschlag, daß sie eine Armee von 500.000 Mann ausstellen und der Entente zur Verfügung stellen. Damals, im Februar, wurden sie abgewiesen. In der jetzigen Bedrängnis hoffen sie auf einen freundlicheren Empfang. Französische Finanzleute und Militärs halten sich in Budapest auf, und es verlautet, daß ein militärischer und politischer Aktionsplan zwischen Frankreich und Ungarn vereinbart wurde. (Diese Nachricht hat inzwischen durch den Abschluß der französisch-ungarischen Militärkonvention ihre Bestätigung gefunden. D. Red.)

Tatsächlich liegt die Sache so, daß die von Frankreich so überbewertete Entente zu einem Kriege rüstet oder wenigstens mit militärischen Nachmitteln einen Druck auf die Entschlüsse der Sowjetregierung ausüben will. Dazu braucht sie erstens Soldaten, zweitens Anführer. Ungarn bietet ihnen beides an. Außerdem macht sich Ungarn erböslich, den deutschösterreichischen Widerstand gegen einen Durchmarsch der Ententetruppen zu brechen, indem es in Wien mit der Hilfe der in Ungarn organisierten deutschösterreichischen Legionen, die von Horstgruppen unterstützt wurden, einen Umsturz herbeiführt.

Weiskirchner, der Führer der Wiener Christlich-Sozialen, war in den entscheidenden Tagen, als dieser Plan mit französischen Militärs in Budapest vereinbart wurde, in Budapest und hatte Verhandlungen mit Horst und Teleki. Der Waffenraub in Fürstfeld und die Haltung der christlich-sozialen Presse, die anlässlich dieses Einbruches die Entwaffnung der österreichischen Volkswehr und nicht die der ungarischen Raubarmee forderte und die jeden Tag unverhüllter die Aufhebung des Kopenhagener Vertrages, welcher bekanntlich jeden Munitions- und Transportverbot verbietet, fordert, sind sprechende Symptome der kommenden Dinge. Der ganzen österreichischen Arbeiterschaft hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, denn sie ist nicht genehm, sich den Horstbanditen auszuliefern und die Forderung der Bewaffnung der Arbeiterschaft wird auch hier das Gebot der Stunde.

Wenn Ungarn als Landsmann der Entente gegen Sowjetrußland kämpfen soll, so bedeutet dies nicht nur den Bürgerkrieg in Österreich, sondern auch in der Tschechoslowakei. Ungarische Truppen können nur durch tschechoslowakisches Gebiet, durch das Karpatenrußland nach Polen. Eine Wiener Zeitung wagt zu melden, daß die Prager Regierung unter dem Druck der Franzosen ihre Einwilligung dazu gab, die drei Schienenstränge, die über dieses Gebiet führen, zu Truppentransporten zur Verfügung zu stellen. Obwohl die tschechische Regierung diese Nachricht dementierte, ist sie, wenn man heute, dann schon morgen zu h. Daraus deutet die Erklärung des Ministers Venes hin, der einem Berichterstatter sagte, daß die Magyaren sich bereits aktiv auf die Seite Polens stellen und es wahrscheinlich ist, daß sie sich für ihre militärische Hilfe gegen die

Bolschewisten ein Entgelt an der Süd- und Ostgrenze der Slowakei ausbedungen haben.“ Die Reife Venes nach Belgien und Buzarek hängt mit dieser Wendung der Dinge zusammen, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Magyaren so beschneiden sein werden, nur mit den Ugehren schiffen beizuliegen lassen. Die Rumänen und Jugoslawen würden aber dabei auch die Leidtragenden sein.

Nun ist aber diese Rechnung ohne das Proletariat der tschechoslowakischen Republik gemacht. Das Karpatenrußland ist durch und durch kommunistisch und der Versuch, Horstgruppen durch dieses Gebiet zu führen, wird mit einem Aufstand der Arbeiter und der tschechischen Bauern beantwortet werden und das ganze so mächtige, in der letzten Zeit sehr radikalisierte Proletariat der tschechoslowakischen Republik wird dem Plane der Unterfütterung Polens den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. In Ungarn rüstet man aber lieber. In Budapest werden Vorbereitungen für den Durchzug der ausländischen Truppen getroffen. Man spricht von einer vier Divisionen starken Hocharmee, die diesen Weg nehmen soll. Es ist sehr leicht möglich, daß der neue Weltbrand, der am Horizont aufsteigt, gerade so wie der von 1914, durch die magyarische Herrenklasse, die einzige, die vorläufig mit keinem aktiven Widerstand des eigenen Proletariats zu rechnen hat, entzündet wird. Die Lage Wiens ist jedenfalls sehr gefährdet.

Ein Aufruf an die Eisenbahner

Berlin, 9. August.

Der Reichsverkehrsminister hat alle Reichseisenbahnbehörden nochmals angewiesen, streng nach der Verordnung der Reichsregierung vom 30. Juli zu verfahren, in der alle Güter aufgezählt sind, deren Aus- und Durchfuhr nach Kriegführenden Ländern auf Grund der Neutralität Deutschlands verboten ist. Er ordnet an, den Inhalt dieser Verordnung allen Eisenbahnbediensteten bekanntzugeben und dabei nachdrücklich zu betonen, daß willkürliche Erweiterungen der Sperrmaßnahmen und alle eigenmächtigen Eingriffe in den Betrieb durch Bedienstete der Verwaltung oder durch betriebsfremde Personen unzulässig sind, und daß durch sie gerade die Kriegsgesfahr herbeigeführt wird, deren Beseitigung die Reichsregierung sich zum Ziel gesetzt hat.

Die proletarische Einheitsfront Befürchtungen der Reaktionen

Die reaktionäre Presse unterstreicht voller Entrüstung die Tatsache, daß der von uns in der Sonntagsausgabe veröffentlichte Aufruf vom Gewerkschaftsbund und den drei sozialistischen Parteien unterschrieben worden ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet einen ganzen Leitartikel daran, um unter der Überschrift „Auf dem Wege zur Räterepublik“ zu beweisen, daß die Arbeiterorganisationen jetzt aus dem Hinterhalt hervorbringen, um „einen dem im März unternommenen völlig analogen Versuch politischer Machaneignung zu machen“. Es sei bezeichnend, daß in dem Aufruf weder von der Regierung noch von dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit irgendwo die Rede sei, sondern daß die ganze vorgesehene Aktion sich als ein reines Klassenunternehmen darstelle.

Die „Kreuzzeitung“ spricht von einer „sozialistischen Nebenregierung“. Man finde die feindlichen Brüder, die Gewerkschaften, die S. P. D., die U. S. P. D. und Spartakus im friedlichen Beisammensitzen unter einem an die Arbeiter und Sozialisten gerichteten Aufruf. Die Regierung würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie einmal deutlich betonen würde, daß sie sich die Eigenmächtigkeit der Sozialisten verbiete.

Unter dem Titel „Die geeinte Sozialdemokratie gegen die Entente“ behauptet auch die „Tägliche Rundschau“, daß die Sozialdemokratie sich die Regierungsgewalt anmasse. Der Aufruf rechne in der Neutralitätsfrage mit der internationalen Solidarität des Proletariats und erwarte insbesondere von der französischen und englischen Arbeiterklasse, daß sie ihre internationale Pflicht erfüllen werde. Die Hoffnungen der deutschen Sozialdemokratie auf die Internationale hätten sich aber schon oft als falsch erwiesen, und wenn Frankreich und England beschließen sollten, Polen militärische Hilfe gegen Sowjetrußland zu leisten, so würde sich voraussichtlich die französische und englische Sozialdemokratie auch damit abfinden.

Diese Äußerungen der reaktionären Presse entspringen lediglich der Furcht vor der Möglichkeit, daß das Proletariat sich in geschlossener Front nicht nur gegen das Ententekapital, sondern auch zum Widerstand gegen die Bedrohungen der werktätigen Bevölkerung durch den gesamten Kapitalismus zusammenfinden könnte.

Rundgebung in Schöneberg

Die Unabhängige Partei, Distrikt Schöneberg, veranstaltete gestern Abend vor dem Schöneberger Rathaus eine große Rundgebung gegen den imperialistischen Krieg Polens. In tausenden kamen die Arbeiter herbeigeströmt und bekundeten ihre Solidarität mit Sowjetrußland. Die Genossen Rasold und Stoll referierten und brachten zum Ausdruck, daß die Arbeiter verpflichtet sind, die deutsche Neutralität zu überwachen und jede Unterstützung Polens zu verhindern. Kein Ententezug dürfe mehr durch Deutschland fahren, der Waffen, Munition oder Soldaten, für Polen bestimmt, befördere. Zum Schluß bildete sich eine Demonstrationsszug, der, mit Fahnen, Standarten und Emblemen geschmückt, sich zum bayrischen Platz bewegte. Hochrufe auf Sowjetrußland, Kampfrufe gegen die Neutralitätsverletzungen und den imperialistischen Krieg wurden ausgebracht.

Auf der Wacht!

Die Unabhängige Sozialdemokratie des Freistaates Sachsen ruft die Arbeiter zu großen Rundgebungen gegen den Ententekrieg gegen Rußland und für die strikte Durchführung der Neutralität auf. In Leipzig fanden gestern Abend acht Massenversammlungen statt. In dem Aufruf der Partei heißt es:

„Proletariat, Genossen!
Die Solidarität des Proletariats muß sich lebendig bezeugen. Die Interessen der Arbeiter aller Länder stehen hier zusammen in der einen Notwendigkeit, daß den Umarmungen des siegreichen Entente-Imperialismus ein Damm gesetzt werde. Er muß erfahren, daß die Verschwörung gegen die Revolution heute ebenso zerschmetternd auf die Köpfe der Verschwörer zurückschlagen wird, wie es geschah, als die vereinigten Monarchen Europas gegen die große französische Revolution zu Felde zogen. Einzelne wie wir zu den Methoden des russischen Bolschewismus sehen mögen, einzelne welche Bedenken wir gegen ihre Uebertragung auf Deutschland und den Westen erheben müssen — angesichts des Angriffs der Konterrevolution, angesichts des Aufgebots des Imperialismus muß das Proletariat Deutschland zu seinen russischen Klassengenossen stehen. Die russische Revolution ist der Vorposten des kämpfenden Proletariats aller Länder. Mit ihrem Fall hätte der Kapitalismus noch einmal einen entscheidenden Sieg errufen, würde der Befreiungskampf der Arbeiterschaft in allen Ländern gewaltig erschwert, seine siegreiche Durchführung um Jahre, vielleicht Jahrzehnte, verzögert werden. Die Behauptung der russischen Sowjetrepublik bedeutet die Stärkung aller Kräfte, die an der Unterminierung des Kapitalismus arbeiten, bedeutet die Entmündigung

und Schwächung aller gegenrevolutionären Faktoren in allen Ländern. Ihr Kampf für euren eigenen Sieg, wenn ihr die Umschlüge der Gegenrevolution auf Sowjetrußland vereitelt. Ihr Arbeit für die Revision des Unrechts von Versailles und St. Germain; wenn ihr die Hilfe der Entente für das gegenrevolutionäre Polen vereitelt. Ihr stärkt alle proletarischen und demokratischen Kräfte, die in den Ländern der Entente gegen die Gewalt und Raubpolitik ringen!“

Die Aufhewerkschaften und die Neutralität

Der Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker), der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Allgemeine Eisenbahner-Verband, sogenannte Gewerkschaftsorganisationen also, die politisch einem verkommenen deutschen Liberalismus zuneigen, von dem man nicht recht weiß, ob er im Augenblick in der demokratischen Partei oder in der Deutschen Volkspartei die günstigste Stütze seines Gedeihens findet, — diese Aufhewerkschaften glauben ebenfalls zum Kampfe der Arbeiter und Angestellten für die Neutralität beitragen zu müssen. Sie tun das auf ihre Art, indem sie verlegen von einem Fuß auf den anderen treten, eine wichtige Rolle aufspielen und allerlei Bedenkenstellen zum Vortrage bringen, damit die Welt nicht merken soll, daß der eigentliche Sinn ihres Vorgehens ist, die Macht der Arbeiterklasse zu lähmen. Die drei Organisationen erklären in einem Aufruf, der sich amahnderweise „an die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenklasse“ richtet, die deutsche Regierung habe im Kriege zwischen Rußland und Polen eine unbedingte Neutralität verkündet und alle Parteien haben diesen Standpunkt zugestimmt. Ob Transporte durch Deutschland geeignet sind, die Neutralität zu verletzen, müsse von der Regierung selbst festgestellt werden. Falls Transporte zu beanstanden seien, müsse die Regierung sich unverzüglich mit den Organisationsleitungen in Verbindung setzen, um über Maßnahmen zur Verminderung der Neutralitätsverletzung Uebereinstimmung herbeizuführen. „Es ist deshalb nicht angängig“, fährt der Aufruf fort, „daß von irgendeiner Seite selbständig und für sich allein für die Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit fraglicher Transporte entschieden wird...“ Es ergibt deshalb besonders an die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Verkehrsgewerbes die dringende Aufforderung: 1. haltet die Augen offen und meldet unverzüglich alle verdächtigen Transporte nach Verständigung mit eurer Organisationsleitung der zuständigen Regierungsstelle bzw. dem Reichsverkehrsministerium und dem Auswärtigen Amt; 2. haltet euch fern von allen selbständigen Eingriffen gegen laufende Transporte, vermeidet besonders Zusammenstöße mit Angehörigen der früheren feindlichen Staaten.“

Diese Unstündlichkeit kann nur den Effekt haben, das Eingreifen der Arbeiterschaft unwirksam zu machen. Wir entziehen uns, eine ähnliche Verurteilung in der vorliegenden Frage vor einiger Zeit in der „Deutschen Zeitung“ gelesen zu haben. Die gelblichen Aufhewerkschaften werden auch in diesem Augenblick ihrem eigentlichen Wesen und ihrer ursprünglichen Aufgabe nicht untreu, die darin besteht, den Einfluß der Arbeiterorganisationen und ihr selbständiges Wirken so viel als möglich einzuschränken. Die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenklasse wird wissen, auf wessen Ruf sie zu hören und nach wessen Willen sie zu handeln hat.

Die drohende Mietssteuer

Zur Frage der Mietssteuer wird uns vom Reichsarbeitsministerium geschrieben:

Die Wohnungsmiet, die immer unerträglicher wird, kann nur durch Neubauten gelindert werden. Diese erfordern aber auf Jahre hinaus besondere Zuschüsse, da die Herstellungskosten, die zurzeit teilweise etwas das Zehnfache der Friedenspreise betragen, aus den Mieten nicht verzinst werden können. Die Finanzlage des Reichs, der Länder und Gemeinden läßt jedoch solche Zuschüsse nur möglich erscheinen, wenn dafür Deckung aus einer besonderen Quelle erfolgt.

Für längere Zeit wird die bisherige Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr in vollem Umfange aufrecht erhalten werden können. Da die Wohnungsmieten im Vergleich zu der allgemeinen Preissteigerung niedrig geblieben sind, wird dann damit zu rechnen sein, daß die Wohnungsmieten und mit ihnen die Preise der bebauten Grundstücke eine recht erhebliche Steigerung erfahren, so daß trotz der anzuerkennenden hohen Selbstkosten des privaten Hausbesitzes noch ein darüber hinausgehender erheblicher Wertzuwachs für den Vermieter zu erwarten ist. Greift die Gesetzgebung nicht rechtzeitig ein, so würde eine erhebliche Belastung der Mieter zugunsten des privaten Hausbesitzes erfolgen, für die es nach dem soeben Gesagten an jeder Rechtfertigung fehlt. Dies muß verhütet werden, indem die betreffende Steigerung von vornherein für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird. Die so verfügbar werdenden Mittel können dann zur Gewährung von Zuschüssen für Neubauten Verwendung finden, so daß ein Ausgleich zwischen dem Mieten in alten und neuen Wohnungen hergestellt wird.

Der geplante Abgabe liegt daher ein sehr berechtigter sozialer Gedanke zugrunde: Die Verhinderung eines sachlich nicht gerechtfertigten Wertzuwachses für den privaten Hausbesitz. Sie ist andererseits die einzige Quelle, aus der die für die Neubauten dringend notwendigen Gelder geschöpft werden können. Wenn daher die Erhebung einer Abgabe von Grundbesitz zur Finanzierung der Neubauten nicht erfolgt, so würde die bisherige Wohnungsnot mit all ihren bedauerlichen Folgen für die weitesten Kreise der Bevölkerung verewigt werden.

Trotz dieser Darlegungen steht die Arbeiterschaft der Mietssteuer ablehnend gegenüber. Wenn die Regierung den ersten Willen dazu hat, so kann sie auch künftig die Steigerung der Mieten zurückhalten. Von der geplanten Mietssteuer wird wiederum die minderbemittelte Bevölkerung am härtesten getroffen werden, die ohnehin unerträglich verzeuerte Lebenshaltung wird durch sie eine weitere schwere Belastung erfahren. Wenn es der Regierung an Mitteln für den Bau neuer Häuser fehlt, so mag sie vorerst bei den Milliardenausgaben für den Militarismus sparen. Es ist aber bezeichnend, daß für die Reichswehr und für den Unterhalt tausender Schmarotcherleute des Militarismus die Mittel in unbefränkter Höhe vorhanden sind, wogegen die Mittel für den Bau neuer Häuser durch eine neue Steuerbelastung der minderbemittelten Bevölkerung aufgebracht werden sollen. Im übrigen: wenn die Hausagrarier mit den bisherigen Mieten nicht zufrieden sind, so wird es höchste Zeit, daß ihnen die Sorge um ihren Besitz abgenommen, daß die Kommunalisierung des Wohnungswesens schleunigst durchgeführt wird!

Kommunistenlag in Rumänien

„Rabotnitschki Bostnik“, das Organ der bulgarischen Kommunisten, teilt mit, daß die Delegierten der Partei, die am Mostauer Kongress teilnehmen sollten und sich am 29. Juni auf zwei Segelschiffen eingeschifft hatten, von einem Sturm überfallen wurden, der sie an die rumänische Küste warf. Eines der beiden Schiffe konnte landen. Die Genossen Kolarow und Dimitrow wurden von den rumänischen Behörden angehalten, nach Konstanza gebracht und dort ins Gefängnis geworfen. Was aus dem Genossen Rabatichino und seinem Freund, die sich im zweiten Boot befanden, geworden ist, weiß man nicht.

„Humantie“ erzählt, daß der bulgarische Concilpräsident, Stamboliski, bei der rumänischen Regierung Schritte unternommen hat, um die Freilassung Kolarows und Dimitrows zu erreichen.

Die militärische Lage im Osten

Wer kann Polen helfen?

Trotz aller prunkender Heeresberichte scheint der Widerstand der Polen im Norden immer mehr nachzulassen. Auch im Süden sind die hochbewaffneten Truppen erneut zur Offensive übergegangen. Es steht kaum außer Zweifel, daß Polen aus eigener Kraft dem russischen Angriff nicht mehr lange Stand halten kann. Es hofft auf fremde Hilfe und wirbt mit aller Kraft darum. Woher kann die Hilfe kommen? Daß der ganze kapitalistische Westen dem russischen Varen in Gestalt der Sowjetregierung zur Strecke bringen und Polen gegen alle Hilfe leisten möchte, ist nicht zu bezweifeln.

Ist nun eine Hilfe über Danzig möglich? Es ist kaum anzunehmen, daß die Entente Führer ernsthaft damit rechnen können. Landung und Abtransport starker Kräfte von Danzig aus, stehen auf sehr schwachen Füßen. Es stehen auf polnischem Gebiet nur zwei Bahnlinien zur Verfügung: Warschau—Lodz—Görlitz und Thorn—Stettin. Zufuhrlinien führen außerdem durch den Weichsel-Korridor, also durch sehr unsicheres Gelände. Das Transportmaterial ist beschränkt. Für Abtransport von Kriegsmaterial kommt Danzig wohl in Frage und die deutschen, sozialistisch geschulten Arbeiter begreifen dies ebenso, wie jeder Generalführer. Die Danziger Arbeiter weigern sich, Munitionsschiffe für Polen zu entsenden. Sie werden daran festhalten und der Entente Schwierigkeiten bereiten, die die Hilfeleistung für Polen durch den Korridor auf ein Minimum herabdrücken.

Es kommt die weitere Frage in Betracht, ob eine Unterstützung Polens durch namhafte Kräfte mit Hilfe von Transporten durch Deutschland möglich ist. Nach dem mannhaften Auftreten der deutschen Arbeiter in bezug auf die Wahrung der Neutralität Deutschlands, wird Marschall Hoch seine Kräfte im besetzten Gebiet zum Durchtransport durch Deutschland wohl am liebsten verammelt haben. Er mühte mindestens zwei durchgehende Linien durch Deutschland zur Verfügung haben. Angenommen, daß die Entente diese beiden Linien selbständig in Betrieb nähme, sie militärisch bewachte und die deutsche Regierung ihr Ja und Amen dazu sagte, würde ein ungehörter Verkehr kaum zu erwarten sein. Die Sicherstellung der Linien würde außerdem ungeheure Kräfte beanspruchen. Es würde sich nicht allein um die Bewachung der Eisenbahn selbst handeln, sondern es mühte auch das Gebiet zu beiden Seiten der Bahn in einer Breite von 10—15 Kilometer sichergestellt werden. Wer soll die dafür erforderlichen Truppen unterbringen, wer soll sie verpflegen? Auf Grund des Versailler Vertrages könnte die Entente niemals diese Forderungen stellen. Und wie wäre es mit dem Nachschub für die nach Polen entsandten Kräfte? Könnte Deutschland wirtschaftlich diese starke Inanspruchnahme seiner Eisenbahnen vertagen? Ohne noch weiter auf Einzelheiten einzugehen, scheinen die Entente Führer den Plan des Durchmarsches durch deutsches Gebiet schon fallengelassen haben.

Wie ist es nun mit einer Hilfe durch Verstärkung der Armee Wrangels in der Krim? Möglich wäre sie und mit starken Kräften unternommen auch wirksam. Es mühten aber mindestens 10 bis 12 Divisionen dazu bereitgestellt werden. Ob die Entente Staaten diese Truppen bereitstellen können, muß bezweifelt werden. Die Möglichkeit aber zugegeben und den Abtransport von französischen Mittelmeerhäfen in Aussicht genommen, wann könnten diese Hilfstruppen in die Häfen des Schwarzen Meeres gelandet werden? Bei aller Beschleunigung konnte der Abtransport von Marseille aus in frühestens 14 Tagen erfolgen. Es handelt sich dabei ja auch um die Bereitstellung von Schiffsmaterial in bedeutender Anzahl. Es mühte mindestens eine Transportschiffe von 20 bis 25 Schiffen von je 8 bis 10 000 Tonnen sichergestellt werden. Die Seefahrt Marseille—Sébastopol einschließlich Einschiffung und Landung auf 10 Tage berechnet, könnte der erste Dampfer etwa Anfang September an der Küste im Schwarzen Meer ausgeschifft werden. Der Abtransport von etwa 10 Divisionen würde kaum in weniger als 14 Tagen zu bewerkstelligen sein. Die Entente könnte also vielleicht Mitte September mit nennenswerten Kräften vom Schwarzen Meer zur Entlastung der Polen eingreifen. Dann dürfte die Hilfe zu spät kommen.

Die Entente und Polen haben sich deshalb auch schon anderweitig nach Hilfe umgesehen. Sie versuchen, die Nachbarstaaten des russischen Reichs hierfür mobil zu machen. Die Zeitungen melden ja schon, daß namentlich Frankreich große Anstrengungen macht, um Ungarn, Rumänien, Südrußland und auch Rumänien zum Kampf gegen Rußland zu gewinnen. Ungarn soll auf Kosten Deutsch-Osterreichs und der Tschecho-Slowakei, Südrußland auf Kosten Italiens und Rumänien auf Kosten Rußlands für diesen Plan gewonnen werden. Der richtige Ausbeutungs- und Profitgedanke des rücksichtslosesten Kapitalismus! Was heißt es die Machthaber der Entente, wenn einige 100 000

Proletariat wieder ihr Leben lassen zur Verwirklichung ihrer herrschsüchtigen Pläne. Ungarn allein will 140 000 Mann für die Niederknüpfung Sowjet-Rußlands bereit stellen. Nur es fehlt an Kriegsmaterial. Aber bei aller Bereitwilligkeit der ungarischen Offiziere gegen Rußland zu ziehen, ist es doch eine große Frage, ob das ungarische Volk in seiner großen Masse sich für diese Zwecke opfern wollen. Abnählich wird es sich bei den Völkern Jugoslawiens, und der Tschecho-Slowakei verhalten. Die Welt hat genug des Blutevergießens gesehen und erlebt. Es ist kaum damit zu rechnen, daß auch von hier Polen neue Hilfe kommen wird.

Hoffentlich kommt diese Erkenntnis den Machthabern der Entente und den verblendeten Führern Polens recht bald, damit das in Waffen starrende und von Blut triefende Europa recht bald den Frieden erhält und zur Ruhe kommt. Aber so lange die geringen Kräfte des Kapitalismus noch in Europa am Ruder sind, wird diese Ruhe nicht eintreten.

Der russische Heeresbericht

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Stockholm, 9. August.

Der amtliche russische Heeresbericht vom 8. August meldet: Wir sind erfolgreich bis zum Narewfluß vorgedrungen. Beim Bahnknotenpunkt Mallin sind harnäckige feindliche Gegenangriffe von uns zurückgeschlagen worden. Unsere Truppen drängen in die Stadt Solowoi ein. In der Richtung Siedlic lokale Kämpfe mit wechselseitigem Erfolge. Südlich der Stadt Brest-Litowsk haben wir einige Ortschaften besetzt. Am 6. August haben wir den Fluß Bug erreicht. Südlich der Stadt Wodawa bis zum Flecken Lorzynka erreichten unsere Truppen Wladimir Wolhynski und entwickelten erfolgreich ihren Vormarsch südlich dieser Stadt. Im Abschnitt Tarnopol drängten unsere Truppen die Polen an den Fluß Strypa zurück. In der Ukraine für uns erfolgreiche Kämpfe auf der ganzen Front.

Erfolge in der Krim

DK. Kopenhagen, 8. August.

Die Erfolge General Wrangels verkehren sich bereits in ihr Gegenteil. Die roten Truppen haben nunmehr auch an der süd-russischen Front die Offensive wieder ergriffen und haben bereits die Stadt Alexandrowsk, südlich Jekaterinosslaw, wieder besetzen können.

Die Räumung Litauens

Kowno, 8. August.

Nach dem Vertrag über die Räumung Litauens und der anderen litauischen Gebiete durch die Russen erfolgt die Räumung in drei Etappen. Die erste Zone soll spätestens am 12. August der litauischen Regierung übergeben werden; zur zweiten gehört Wilna, dessen Räumung bis zum 1. September erfolgen soll; die Räumung der dritten Zone soll erfolgen, sobald es in strategischer Hinsicht angängig ist. Die sofortige Einführung der litauischen Zivilverwaltung in Wilna ist vorgesehen.

Der polnische Heeresbericht

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Kopenhagen, 9. August.

Der neueste polnische Heeresbericht meldet: Feindliche Abteilungen ziehen in breiter Front längs der deutschen Grenze und nahmen Prasnysk. Weit kleinere Abteilungen nähern sich Malawa und Zitanow. Unsere Abteilungen, welche Aufhänger räumen, erhielten den Befehl, Aufhänger wieder zu besetzen. Zwischen Narew und Bug wurde der Feind nach heftigen und erbitterten Kämpfen von den Schützengarden von Praypes hinausgeworfen. Gegenwärtig wurde aus diesem Abschnitt die Defensivlinie günstig zurückgenommen. Derselbe von Solowoi dauern die harnäckigen Kämpfe fort. In lokalen Gegenangriffen haben wir Gesangene gemacht und Maschinengewehre erbeutet. Zwischen Brohynyn und Roden befinden wir uns in andauernden Kämpfen mit dem Feinde, der ohne Rücksicht auf die Verluste angreift. Zwischen Roden und Wladimir Wolhynski wurden alle Versuche des Feindes, über den Bug zu dringen, vereitelt. Zwischen Strypa und Sereth lokale Gefechte.

Flucht aus Warschau

DK. Berlin, 9. August.

An Berliner amtlichen Stellen lag heute eine Warschauer Nachricht vor, derzufolge der größere Teil des diplomatischen Korps mitlami den Kanälen von Warschau nach Polen übergesiedelt sei. Die Chefs der fremdländischen Missionen, ebenso wie auch der deutsche Gesandte Graf Oberndorff, verbleiben einstweilen noch mit der polnischen Regierung in Warschau.

Schlagworten leiten lassen, sondern die rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge einer gewissenhaften Prüfung unterziehen. Am Schlusse seiner Darlegungen empfiehlt Herr Dr. Auerbach, die Gelder der Organisationen, die für eine Beschlagnahme in Frage kommen, den Kommunen zur Verfügung zu stellen mit der Weisung, sie zur Entlastung des allgemeinen Proletariats in Schutzwaren zu verwenden; damit soll die Anregung, die Gelder für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, weiter durchgeführt sein. Letzteres soll — immer noch den Ausführungen des Herrn Rechtsanwalts — nicht der Fall sein, wenn diese Gelder der Reichsschuhverfertigung G. m. b. H. zugeführt würden, die eine ausgeprochene Kriegsgefellchaft sei und durch ungünstige Konjunktur oder durch andere Umstände große Verluste erlitten habe.

Daß Herr Rechtsanwalt Dr. Auerbach als Syndikus eines Schuhhändlerverbandes auf die Reichsschuhverfertigung G. m. b. H. scheinbar nicht gut zu sprechen ist, ist begreiflich. Die im November 1919 ins Leben getretene, der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterstehende Reichsschuhverfertigung G. m. b. H. ist keine Kriegsgefellchaft. Ihre Aufgabe ist es, durch Zuschüsse aus zur Verfügung stehenden Mitteln neues ledernes Strahenschuhwerk für die minderbemittelte Bevölkerung im Preise zu senken. Mehrere Zuschüsse, auch solche, die sich aus Schuhfabrikanten und Schuhhändlern zusammensetzen, stehen der Reichsschuhverfertigung beratend zur Seite. Verluste, aber gar große Verluste, wie sie Herr Rechtsanwalt Dr. Auerbach andeutet, hat die Reichsschuhverfertigung überhaupt nicht erlitten. Als Syndikus eines Schuhhändlerverbandes sollte das übrige Herrn Dr. Auerbach bekannt sein.

Bisher war Herr Dr. Max Auerbach als Syndikus eines Schuhhändlerverbandes Gegner der Schuhbewirtschaftung durch die Kommunen. In einem Vortrage, den er am 14. Juni 1920 in einer Versammlung des Vereins Berliner Schuhwarenhändler, e. B., gehalten hat, hat er nach dem Bericht des Fachblattes des Schuhwarenhandels wörtlich folgendes ausgeführt:

„... Herr Dr. Auerbach kam im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Gefahren zu sprechen, die dem Schuhwaren-Handel durch die Konkurrenz der Kommunen entstehen. In erster Linie sollte jedoch von Kleinhandlern an die Schuhfabrikanten herangezogen werden, daß sie an die Kommunen nicht zu billigen Preisen liefern. Auch empfiehlt der Referent, daß die Geschäftshaber durch ihre Angestellten, die eventuell, wenn die Konkurrenz durch die Kommunen zu groß würde, entlassen werden mühten, auf diese wirken sollen. Die Angestellten sollen ihnen klar machen, daß sie es sind, die darunter besonders zu leiden hätten und daß hieron das Großkapital viel weniger betroffen würde, als die Angestellten, die Arbeitnehmer. Es werden in den nächsten Tagen Sitzungen der engeren Arbeitsgemeinschaft stattfinden, in denen diese Pläne näher und eingehender beraten würden.“

Jeder Kommentar hierzu erübrigt sich.“

Die Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin

Folgende Erklärung geht uns zu:

Der „Vorwärts“ hatte über die Frage der Schweriner Regierungsbildung irreführend berichtet. Darum stelle einer unserer Fraktionsgenossen in einer Abhandlung, die in Nr. 310 der „Freiheit“ Aufnahme fand, die tatsächlichen Vorgänge dar. Der ehemalige Minister, Reichs- und Landtagsabgeordneter J. Steinhilber (SPD.) unternahm gegen die durchaus einwandfreien Feststellungen unseres Genossen in Nr. 387 des „Vorwärts“ einen Ablehnungsvertrag, der um so unerhörter ist, als Herr Steinhilber die Tatsachen kennen muß. Wir erklären, daß die Behauptungen des Herrn Steinhilber in allen Teilen der Wahrheit widersprechen. Wir können, um den Namen der „Freiheit“ nicht zu belasten, nicht auf alle Behauptungen des Herrn Steinhilber eingehen. Nur das wichtigste sei herausgegriffen. In der „Freiheit“ war gesagt worden, daß Angebot der SPD, eine Regierung aus Demokraten, Rechtssozialisten und Unabhängigen zu bilden, sei ein Scheinangebot gewesen, denn die Demokraten hätten zehn Tage vorher die Teilnahme an einer Regierung mit Unabhängigen abgelehnt. Des freilich Herr Steinhilber mit dem Bemerkens ab, daß die Demokraten sich „doch wohl schließlich noch bereit erklärt hätten, mit den Sozialisten bei der Bildung einer gemeinsamen Regierung zu bilden.“ Die „Norddeutsche Zeitung“ in Schwerin, das offizielle Organ der Demokraten stellt fest, daß die Steinhilbersche Behauptung „liegt nicht der geringste Beweis vor.“ Durch diese Feststellung ist Herr Steinhilber mit samt seiner Beweisführung erledigt. Erwähnen wollen wir noch: Die Demokratischen waren bereit, bei Bildung eines bürgerlich-rechtssozialistischen Koalitionsministeriums Herrn Steinhilber zum Ministerpräsidenten zu wählen. Das ist er wert!

Die U. S. P. D. Fraktion im Schweriner Landtage:
Fuchs, Koblau, Kollwitz, Magenburg, Vorkörper.

Zur Frage der Schulreform

Mit der Durchführung der durch die neue Verfassung festgelegten reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Schulwesen ist bisher noch nicht begonnen worden. Genosse Dr. Kordow-Lewenstein hat nunmehr im Reichstage folgende kleine Anfrage eingeklagt:

„Nach Artikel 143,1 der Reichsverfassung sind für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlage und Reigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“

Infolge der bisherigen Handhabung der Staaten und Gemeinden, besonders begünstigt durch Schulgelderhebungen und Vorschuleeinrichtungen, sind die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern für die Aufnahme der Kinder in die höheren Schulen entscheidend gewesen. Die Folge hiervon ist eine starke Ueberfüllung der höheren Schulen mit minder- und mittelmäßig begabten Kindern der begünstigten Volksklassen und eine durchgängige Benachteiligung bis zur fast völligen Ausschaltung der Kinder der Arbeiterklasse. Die in Aussicht gestellte Reichsschulgesetzgebung wird künftig eine derartige Schülerauslese unmöglich zu machen haben.“

Was gedenkt die Reichsregierung, die nach Artikel 143 der Reichsverfassung für die Bildung der Jugend verantwortlich ist, schon jetzt zu tun, um die bestehenden verfassungswidrigen, sozial ungerechten und pädagogisch unhaltbaren Zustände in der Gegenwart der höheren Schulen zu beseitigen?

In gleicher Richtung geht ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der die Umgestaltung der Schulabteilung im Reichsministerium des Innern zu einem Reichsschulamt fordert, das die dem Reich auf dem Gebiete des Schulwesens verfassungsmäßig obliegenden Aufgaben durchführen soll.

Neue Fristverlängerung für Steuererklärungen. Die Frist zur Abgabe der ersten Steuererklärung für die Luxussteuer und die erhöhte Umsatzsteuer ist allgemein bis zum 1. September 1920 verlängert worden.

Gegen die Ueberhörsichten. Bei einer Abstimmung innerhalb der Fraktion der „Bruchstraße“ (Deutsch-Ludwig) stimmten 1303 Bergleute gegen, 284 für das Verbot von Ueberhörsichten, 900 Bergleute enthielten sich der Stimme.

Belagerungszustand in Stralburg. Ueber Stralburg wurde der Belagerungszustand verhängt.

Der Fernsprecheverkehr mit Wien ist wegen Streiks der Telegraphenbeamten in Wien unterbrochen.

Die unsozialen Steuern

Für die Beseitigung des Steuerabzuges

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, sendet uns folgende Entschliessung:

Das Einkommensteuergesetz vom 29. 3. 1920 (R. G. B. 57, 192) sieht eine gleichmäßige Besteuerung aller Einkommen, gleichviel, ob dieselben aus Kapitalvermögen, Grundbesitz, Gewerbebetrieb oder Arbeit herrühren, vor. (§ 10 d. G.) Dies ist unsozial und entspricht nicht den Gründen der Billigkeit umso mehr, als das steuerfrei belassene Existenzminimum im Vergleich zu der heute herrschenden Besteuerung in gar keinem Verhältnis steht. Als ungerecht wird es auch von der arbeitenden Bevölkerung empfunden, daß dieses Existenzminimum, das wohl als geringer Ausgleich gegenüber den Unbilden des Gelezes, anzusehen wäre, wenn es nur den kleineren Einkommen (etwa bis 30 000 M.) zugebilligt wäre, auch den großen und größten Einkommen gutgehandelt werden soll.

Im § 45 d. G. ist nun eine Bestimmung enthalten, welche durch besondere Verfügung des Finanzministeriums am 25. 6. 1920 in Kraft getreten ist, wonach jeder gegen Lohn usw. beschäftigten Person 10 Prozent des Arbeitsverdienstes bei der Auszahlung durch den Arbeitgeber abgezogen werden sollen und dieser Betrag in Form von Steuermarken, zum Zwecke der Steuer-Vorzugszahlung verwendet werden soll.

Diese drakonische Maßnahme muß zu Härten und Ungerechtigkeiten führen, insofern, als sehr häufig, durch später eingetretene Erwerbslosigkeit, Krankheit usw., eine niedrigere oder unter Umständen gar keine Steuer zu zahlen ist und der von dem Abzug Betroffene dieses abgezogenen Betrages dringend bedarf, um sein und seiner Familie Leben zu fristen. Da diese Bestimmung nur die arbeitende Bevölkerung betrifft, so muß die gesamte Arbeiterschaft (Arbeiter, Angestellte und Beamte) sie als ein gegen sie gerichtetes Ausnahmefehl ansehen.

Die Angestellten in den Kantonslosen Groß-Berlins erheben die schärfsten Proteste gegen die unsozialen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes im allgemeinen und gegen den Steuerabzug im besonderen und verlangen:

1. Aufhebung der Bestimmung betr. den Steuerabzug.
2. Umarbeitung des Steuergesetzes dahingehend, daß das

- a) Existenzminimum des Erwerbenden auf 5000 M., dasjenige des Ehegatten auf 2500 M., das für jede weitere zum Haushalt gehörige Person ohne Einkommen auf 1000 Mark heraufgesetzt wird;
 - b) dies Existenzminimum nur bei Einkommen bis 30 000 M. zugestanden wird;
 - c) eine Besteuerung in der Weise vorgenommen wird, daß die Steuer bis 10 000 M. Einkommen mit 5 Prozent einsetzt und dann progressiv gesteigert wird, mit dem Endergebnis, daß eine Steigerung bis 75 Prozent bei den höchsten Einkommen Platz greift.
3. Schärfere Heranziehung der Einkommen aus Kapitalvermögen, Grundbesitz und großem Gewerbebetrieb.
 4. Veranlagung nach dem Stande von 1919 und nicht, wie beabsichtigt, nach dem Einkommen von 1920.
 5. Gleichzeitigkeit mit diesen Maßnahmen, Abbau der Lebensmittelpreise.

Die Gelder der Kriegsgesellschaften der Schuh- und Lederindustrie

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte in Nr. 361 der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ der Rechtsanwalt Dr. Max Auerbach, Berlin, einige Ausführungen, zu denen uns von gut informierter Seite folgendes geschrieben wird:

„Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatten im volkswirtschaftlichen Ausschuh des Reichstages einen Gegenentwurf eingebracht, den Sicherungsfonds der Deutschen Leder- u. G., die Liquidationsfonds der Sattler-Gesellschaft m. b. H., des Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels und des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie mit Wirkung vom 1. Juli 1920 ab zugunsten des Reiches zu beschlagnahmen, zum Zwecke der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem, neuem ledernen Strahenschuhwerk.“

Herr Rechtsanwalt Dr. Max Auerbach, der Syndikus des Verbandes Deutscher Schuhwarenhändler, e. B., in Berlin, ist, sieht sich veranlaßt, den beschlagnehmenden Körper des Reichstages, in erster Linie also dem volkswirtschaftlichen Ausschuh des Reichstages, das Gemessen zu schärfen. Sie sollen sich nämlich bei der Beratung des Gegenentwurfs nicht von einer Politik des

Preistreiberei und Wirtschaftskrise

Um zu zeigen, wie sehr der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft und die Wirtschaftserlöschung auch des Unternehmers das Elend der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verschuldet hat, wie neben dem Elend der Massen die Wucherergewinne der Unternehmer stehen, machte der Genosse D i h m a n n in seiner Rede im Reichstag über die Erwerbslosigkeit untenstehende und auf reiches Material gestützte Ausführungen. Wir bringen diesen Teil seiner Rede darum hier zum Abdruck. Die zahlreichen Juristen der Agenten des Kapitals im Reichstag, denen die Ausführungen D i h m a n n s sehr unbehaglich waren, und unseres Genossen gebührend derbe Erwiderungen darauf, lassen wir fort.

Auf die Frage der Erwerbslosensfürsorge und Arbeitslosenversicherung werden wir selbst demnächst in ausführlichen Darlegungen zurückkommen. Genosse D i h m a n n führte aus:

Sehen wir uns z. B. den Kohlenbergbau an. Wir hatten unlängst eine interessante Auseinandersetzung zwischen dem Direktor des Statistischen Amtes in Berlin-Schöneberg und den Kohlenbaronen. Herr K u c h n s k i hat nachgewiesen, daß die Tonne Steinkohle, wenn wir Steuern, Zuschüsse für Lebensmittel, für Wohnungen usw. abrechnen, eine Steigerung von 12 M. vor dem Kriege auf 165 M., also eine vierzehnfache Verteuerung erfahren hat. Interessant ist nun folgendes festzustellen: Vor dem Kriege betrug der Arbeitslohn 52% des Verkaufspreises, die Selbstkosten 38% und der Unternehmergewinn 10%. Und wie steht es jetzt? Der Unternehmergewinn ist jetzt von 10 auf 24% vom Verkaufspreis gestiegen, es ist also eine Steigerung um das 2,4fache eingetreten. Und während vor dem Kriege Arbeitslohn und Unternehmergewinn sich wie 5 zu 1 gegenüberstanden, ist jetzt das Verhältnis 5 zu 3. Während vor dem Kriege im Ruhrbecken der Unternehmergewinn im Kohlenbergbau pro Monat 10 Millionen Mark betrug, beträgt er jetzt 250 Millionen. Halten Sie demgegenüber einen anderen Vergleich. In England sind die Zahlen nach dem neuesten Etat des dortigen Kohlenkontrollorgans die folgenden: vom Verkaufspreis betragen die Arbeitslöhne 73%, d. h. 17mal soviel als der Unternehmergewinn, der dort 4 1/2% beträgt, während in Deutschland der Arbeitslohn gegenüber dem Unternehmergewinn nur 1% höher ist. Also in England über 17mal höher, in Deutschland 1%mal höher. Auch die Zuschüsse der Besenbesitzer konnten an diesen Zahlen des Direktors des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg nicht rütteln.

Ich will vom Kohlenbergbau kein Wort weiter sprechen. Nur einige Ziffern noch zu den Eisenpreisen. Es ist wohl doppelt notwendig, gerade hierüber einiges zu sagen, weil wir vom deutschen Metallarbeiterverband ja selbst von den Herren der Regierung erlucht worden sind, im Eisenwirtschaftsbund mitzuwirken, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Ich darf das wohl als Begründung meiner nunmehr folgenden Ausführungen vorausschicken, um darzulegen, daß das von der Besprechung heute abend nicht getrennt werden kann. Und wie steht es da? Wir haben ebenso wie bei den Kohlen- und bei anderen Warenpreisen, so auch bei den Eisenpreisen die wahnsinnigsten Steigerungen erlebt. Die Teuerung betrug — um nur einiges herauszugreifen — pro Tonne bei den Rohblöden vor dem Kriege 82,50 Mark, und sie ist bis zum März dieses Jahres auf 2600 Mark gestiegen. Beim Formeisen haben wir eine Steigerung von 113 Mark auf 3620 Mark, bei Walzdraht von 117,50 Mark auf 4150 Mark, bei den Mittelblechen eine Steigerung von 110 Mark auf 5600 Mark, d. h. eine Preissteigerung bei vorgehaltenen Blöden um das 50fache, (hört hört! bei den U. S.), beim Walzdraht um das 40fache, bei Grobblechen und Feinblechen um das 45fache, bei Mittelblechen gar um das 50fache.

Nun halten Sie dabei ein Weiteres fest. Die Schrottpreise, die auf über 3000 Mark pro Tonne stiegen — ich werde nachher noch die wirtschaftlichen Bewältigungen auf dem Gebiete nachzuweisen haben, — liegen um das 60fache in der Preisbildung vor dem Kriege. Wenn Sie nun die Arbeitslohnsteigerung hochgerechnet mit dem 5- bis 7fachen Annehmen und weiter hinzunehmen, daß die Betriebsauskosten erheblich gestiegen sind, und nun wirklich in der humansten Weise dem Arbeitgebendem sagen: Schön, rechnet das 10- oder 12fache der Preise vor dem Kriege, dann würde die Preisbildung pro Tonne auf dem Eisenmarkt sich auf etwa 1000 bis 1500 Mark gestellt haben. Aber so waren die Eisenpreise im März d. J. durchschnittlich um fast 2000 M. pro Tonne höher, und wenn Sie annehmen, daß zurzeit die Erzeugung in Deutschland 30 Millionen Tonnen Eisen im Jahre beträgt, dann bedeutet das eine Summe von 10 Milliarden pro Jahr, die dem deutschen Wirtschaftsleben als eine unnötige Belastung aufzuerlegt worden ist, um die Taschen der Elendbesitzer zu füllen.

In der letzten Woche tagte in Düsseldorf eine Sitzung des Eisenwirtschaftsbundes. Die Deutsche Reichsregierung hatte auf unser entschiedenes Verlangen erklärt: Schön, wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Arbeitsgemeinschaft ablehnt, und ebenso ablehnt, daß in dem Eisenwirtschaftsbund

keine Vertreter aus der Metallindustrie durch die Arbeitsgemeinschaft erneut werden, dann sind wir damit einverstanden, daß der deutsche Metallarbeiter-Verband seine Vertreter selbst bestimmt. Und was geschah nun? Weil das ganze Wirtschaftsgebäude zittert, weil die Herren selbst einsehen müssen: so geht es nicht weiter, — weil sie um ihrer selbst willen gezwungen werden, etwas nachzugeben, den überspannten Bogen nicht noch straffer zu spannen, und weil auch die Regierung den Druck ausübte und unsere Vertreter den Kampf im Eisenwirtschaftsbund aufgenommen haben, ist eine Preisentkung beschlossen worden, die Sie in den letzten Tagen jedenfalls in den Zeitungen gelesen haben.

Was ich damit sagen will, ist folgendes: Wenn man in der vorigen Woche in Düsseldorf die Preisentkung beschließen konnte bei Rohblöden von 2600 Mark auf 2140 Mark und beim Formeisen von 3620 Mark auf 2740 Mark usw., dann ist das ein Beweis dafür, daß die Herren bisher übermäßige Uebergewinne in ihre Tasche gesteckt haben. Oder glaubt einer von Ihnen, daß die Herren Unternehmer jetzt mit Schaden produzieren würden? O nein, so steht es nicht; sie haben, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, wenigstens einen geringen Prozentsatz ihres Uebergewinns jetzt nachgeben müssen.

Ein Bruchteil von diesen 10 Milliarden Mark Uebergewinn im letzten Jahre aber, von der Regierung erloht hätte die Möglichkeit gegeben, den Erwerbslosen längst eine ausreichende Unterstützung auszubestellen.

Was ich hier an Zahlenmaterial vorgetragen habe, ist unanfechtbar. Jeder Vertreter der Regierung wird Ihnen das bestätigen können; denn uns ist ja der Kampf auf dem Gebiete der Preisbildung, der innere Kampf zwischen Erzeuger-Unternehmer und verarbeitendem Unternehmer und der Regierung mit all seinem Druck und Drang sehr genau bekannt. Darum sind wir auch in der Lage, auf dem Gebiete mit etwas Material aufzuwarten.

Wenn auf einem anderen Gebiete z. B. die Frage aufgeworfen wird: wie sollen wir eine Erwerbslosensfürsorge eintreten lassen, dann mache ich Sie noch auf einen andern Umstand aufmerksam. Durch diese wahnsinnige Preisbildung ist natürlich auch das Reich gezwungen worden, etwas Reserve in den weiteren Bestellungen zu üben. Z. B. zieht die Arbeitslosigkeit auch in die Waggon- und Lokomotivfabriken ein, trotzdem der Vertreter der Regierung in der letzten Woche in Düsseldorf noch erklärte, daß eine Lieferung von 1000 Lokomotiven und 20 000 Waggonen im Rückstand sei. Aber er beklagte, daß die wahnsinnige Preistreiberei auf dem Eisenmarkt ihre Ursache habe, daß ein Güterwagen, der vor dem Kriege 2500 Mark kostete, nunmehr auf 50 000 Mark gestiegen sei. Wenn wir hier die Frage erörtern, wie wir den Arbeitslosen helfen können, dann, bin ich allerdings der Meinung, gehört dazu, sich das Wirtschaftslieben einmal anzusehen. Denn in dem Wirtschaftslieben ist der Quell der Arbeitslosigkeit zu suchen. Wenn auf anderem Gebiete gelangt wird, Sparlichkeit der Reichskasse sei am Platze, dann soll man fest zugreifen, um dieser Preisbildung, dieser Preistreiberei ein Ende zu machen, dann werden auch die wirtschaftlichen Zustände, soweit überhaupt möglich, leichter eine Besserung erfahren können.

Wie man aber die weitere Produktion unterbindet und immer mehr Arbeitslose in den großen Mahlstrom hineinwirft, das hat mein Vordredner an einem Beispiel bereits gezeigt, nämlich am Abbruch der Ziegeleien. Aber es ist ja nicht damit abgetan, daß Hunderte von Ziegeleien abgebrochen werden. Anstatt das Wirtschaftssystem aufzurichten, um weiter produzieren zu können, bricht man die Ziegeleien ab, um die Ziegeleien als Baumaterialien zu verkaufen. Das ist der Wahnsinn des höchsten Gipfels, und er ist auf anderen Gebieten genau in der gleichen Form zu finden.

Mein Kollege Köstlin wies auf die Buchdruckereien hin. Ich erweitere den Hinweis auf den Ausverkauf von Brauereien, auf andere Fabriksbetriebe. Und nicht genug damit, wenn ich Ihnen vorhin die hohen Schrottpreise nannte, die das 60fache gegenüber den Friedenszeiten ausmachen, dann stelle ich dem die Tatsache gegenüber, daß im Laufe des letzten Jahres auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt Zehntausende von Werkzeugmaschinen aller Art auf dem Schrotthaufen verkauft worden sind, dank der wahnsinnigen Preistreiberei.

Ich sage: wenn in dieser Form das Wirtschaftsleben verwaltet wird und Wirtschaftswerte einfach zusammengesägt werden, anstatt weiter wirtschaftliche Werte damit zu erzeugen und zu produzieren, dann ist die Frage berechtigt: Wer treibt Sabotage am deutschen Wirtschaftsleben, wer ist es, der die Maschine nicht in Gang kommen läßt, wer ist schuldig an unserer Wirtschaftskrise, an dem Arbeitslosentum, das hier von den verächtlichen Seiten so sehr beklagt wird?

Das grauenhafte Unheil, das der Kapitalismus anrichtet, kann nicht besser beleuchtet werden. Nachdem der Krieg Millionen gemordet und verstümmelt hat, trampelt nun niedriger Profitgeist Aberlaube nieder, und das geschieht kitzellos. Ist es doch soweit gekommen, das würdige lit-

tarische Agenden des Kapitalismus die Theorie vertreten, nur durch Ausmerzungen der Ueberflüssigen könne das Wirtschaftsleben wieder gefunden. Wie die Bejähenden einst den Kugelmord in den Massen des in die Schützengräben gepressten Volkes als Stahlbad für ihre Klasse betrachteten, so gilt ihnen heute der Hungertod der überzähligen „Hände“ als Mittel zur Erhaltung ihrer Macht. Daher die Bettelpfennige der Erwerbslosensfürsorge, daher die Palliativmittel der produktiven Erwerbslosensfürsorge. Alle Opfer werden abgewälzt auf die Schultern der Schwachen.

Die Arbeiterschaft hat das erkannt. Sie wird nicht eher ruhen, bis eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die Menschheit auch von der Geißel der Arbeitslosigkeit befreit. Solange indes der gegenwärtige Staat besteht, werden wir dafür kämpfen, daß die Schuldigen auch die Folgen ihrer Schuld tragen und die Unterstützung für die Arbeitslosen aus ihren gehämsterten Profiten bezahlen.

Aus der Partei
Erfreuliche Einmütigkeit

Eine Sitzung des Bezirks Arbeiterstimme unserer Partei ergab laut Bericht der „Bergischen Arbeiterstimme“ eine erfreuliche Einmütigkeit der Auffassungen. Unsere Reichstagsabgeordneten können in der Frage S p a a einen völlig geschlossenen Bezirk vertreten. Unsere Partei beschloß, eine großzügige Protestaktion gegen die Festhaltung der Opfer des Kapp-Putsch in Gefängnissen und Zuchthäusern einzuleiten. Da die Opfer ungeheuerlich sind, werden unsere Genossen ermahnt, in den Sammlungen nicht zu erlahmen. 1000 Beurteilungen stehen noch bevor. Es soll auch an das ganze Reich appelliert werden, zu der Unterstützungskaktion beizutragen. Kometisch Süddeutschland, das keine eigenen Ver-lüste hat, soll Steuern. Allgemein war auch die Auffassung, daß die grüne Reichswehr, die eine Spitzelzentrale ist, auslöscht zu bekämpfen ist. Mit Verleumdung erfüllt uns auch die Geschlossenheit, mit der die Hege gegen andersgläubige Genossen verurteilt wurde. Es waren darin die schärfsten Gegner jener Genossen mit allen anderen Konferenzteilnehmern einer Meinung. Die Hege geht von den Kommunisten aus und hat unsere Genossen loslösen gemacht. Man war der Meinung, die Parteigenossen sollten sich um die Kommunisten überhaupt nicht kümmern.

Aus der Parteipresse

Die neue Nummer der „Freien Welt“ ist der Erinnerung an den Beginn des Weltkrieges gewidmet. Hier wird das wahre Gesicht des Krieges in Wort und Bild gezeigt. Einige aktuelle Bilder, ein anregender Bericht aus Sowjetrußland, der Roman und kleine Beiträge ergänzen das passende Heft. Preis des Heftes 60 Pf.

Heft Nr. 30 der Wochenschrift: „Der Arbeiter-Rat“ ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Vor der Einigung von Max Gieners, Die Revolutionierung der Gewerkschaften von Paul Wötcher, Lohn, Preis und Profit im englischen Kohlenbergbau von Franz Hodges, Rundschau. Die Sozialisierung des Betriebswesens von H. Polad. Die Berliner Parteifunktionäre für die selbständige Betriebsorganisation. Die selbständige Parteiorganisation in Hamburg. Eine Betriebsrätezentrale für Thüringen. Die Betriebsräteorganisation im Bergbau. Die Gewerkschaften des Betriebsrätegesetzes auslegen. Das Betriebsrätegesetz in der Praxis. Aus der Bergischen Kleinindustrie von Otto Kunze, Staatsbaum-, Wirtschaft und Revolution von C. B. Renmann, Bücherchau. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter oder direkt vom Verlag „Der Arbeiter-Rat“, Berlin C. 25, Mühlstr. 24, 3 Trp.

Gewerkschaftliches

Teiltarif der Pferdebeschlüßführer. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband bemüht sich seit März 1919 mit der Personenlohnführer-Zinnung einen Tarif abzuschließen. Im Januar d. J. schloß der Schlichtungsausschuß einen Spruch, wonach den Pferdebeschlüßführern pro Schicht 3 M. Lohn und 30 Proz. der Einnahme zugesprochen wurde. Dieser Spruch wurde von dem Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt. Die Führer erkannten aber dessen Ungenauigkeit den Tarif nicht an und mußten erst diverse Klagen beim ordentlichen Gericht anhängig gemacht werden, damit die Führer zu ihrem Recht kamen. Am 1. April d. J. kündigte die Zinnung den Tarif. Nunmehr beantragten wir erneut einen Schiedsspruch. Dieser wurde am 21. Juli gefällt mit der Maßgabe, daß die Führer 3 M. Lohn und 30 Proz. von der Einnahme pro Schicht zu zahlen haben. Die Führer haben

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

32]

Aber die fettgewordenen europäischen Kapitalisten dachten anders. Sie brauchten Projekte, Ströme von Gold für ihr luxuriöses, ausschweifendes Leben. Ob dieses Geld mit Blut besudelt ist, das ist ihnen gleichgültig, die Hauptsache, daß es in recht großen Mengen zufließt. Mit grimmigem Haß sehen sie jetzt auf die Anordnungen der sozialistischen Regierung und greifen nach allen nur möglichen Mitteln, um diese Regierung zu stürzen.

Die Kriegsmissionen von Frankreich und England benutzten ihre diplomatische Unantastbarkeit, um Komplotten gegen die Regierung einzuleiten, ließen russische Reaktionsäre Attentate verüben, gründeten neue Zeitungen für antirevolutionäre Propaganda, leiteten an allen Ecken und Enden des riesigen russischen Reiches, allerlei Intrigen und Verschwörungen ein, verbreiteten allerlei falsche Gerüchte und führten auf diese Art das Leben des jungen, noch nicht gefestigten revolutionären Landes in einen Zustand chaotischer Anordnung. Sie riefen eine Geistesverwirrung hervor, in der die Menschen in ewiger Aufregung lebten, ohne zu wissen, was ihnen der nächste Tag bringen wird, und in dieser Ungewißheit nur um das eine beteten: daß es bald ein Ende nehmen möge!

Die sozialistische Regierung, die anfangs ganz friedlich gefasst war, die feierlich erklärt hatte, daß sie zu keinerlei Repressalien greifen wolle, sah sich, einfach aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen, auf die Attentate mit Arresten, Züchtigungen und mit Gefängnisstrafen zu antworten. Um diese Reaktion abzuschneiden, antwortete sie vielleicht auf einen Mord mit zweien, reagierte auf ein Attentat durch Erschießung von einer Reihe von Personen, die an der Sache beteiligt waren. Das ausübend, begannen die reaktionären Kreise im Volke das Gerücht von den fürchterlichen Greuelthaten der Regierung zu verbreiten mit der Hinzufügung, daß es keinen Unterschied zwischen der Zaren- und der sozialistischen Regierung gebe, da letztere scheinbar noch mehr töte und erschieße.

Dabei wurde natürlich diplomatisch verschwiegen, daß die Gründe, welche die Regierung zwingen, zu diesen Repressalien zu greifen, von ihnen selbst geschaffen waren.

Von ferne das heutige Leben beobachtend, gelange ich zu dem einzigen Schluß, daß im Vergleich zum Zarenregime die jetzigen Staatsleiter, unerfahren und naiv, dort gradlinig vorgehen. Denn was heißt regieren?

Es ist die Kunst, ewig zu betrügen, zu intrigieren, vor keiner Niederträchtigkeit zurückzuschrecken, die Masse in einer Hypnose zu halten und sie in diesem Zustand fortwährend in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Um zu einer solchen virtuellen Degenerierung zu gelangen, sind Erfahrung und eine gewisse Fähigkeit nötig. Die Zarenregierung tötete und erschloß hunderttausendmal mehr, aber es wurde alles diplomatisch im Geheimen verübt, es wurden alle Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, daß diese Gerüchte zum Volke gelangten, es wurden auf diese Art einfach die unerwünschten Personen beseitigt und alle Annehmlichkeiten vermieden.

Die jetzige Regierung erschießt in ihrer Naivität offen am helllichten Tage, greift zu feinen schlaun Kniffen, um die Verbrechen zu verharmlichen. Und nun scheint es den Menschen, daß mehr Todesurteilungen, mehr Fälle des Erschießens als früher vorkommen.

Indem ich alles dies beobachte, achte ich auf die Gerüchte, die in der Stadt zirkulieren und denke mir immer häufiger: Mein Gott, wann wird dies denn endlich ein Ende haben? Was wollen die Menschen eigentlich? Jahrhundertelang haben sie in Sklavendiensten geschmachtet, jahrhundertlang haben sie unter der Knute des Zaren und des russischen Adels gekämpft, jahrhundertlang wurden sie abkötterlich in völliger Unwissenheit, Finsternis und trostloser Armut gehalten. Unter diesem unelendlichen Joch träumte das Volk von dem Morgenrot des neuen Lebens, um frei aufzutauchen zu können. Jetzt ist diese Freiheit eingetreten, was wollen sie denn noch mehr? Es eröffnen sich ja unendlich weite Perspektiven für eine neue, schöpferische Arbeit, wo das Licht in den Massen erstrahlen wird, wo die Armut aufhören soll, wo die menschliche Arbeit nicht geraubt werden kann, wo endlich die menschliche Persönlichkeit nicht unterjocht und beschimpft wird!

Es scheint, eine solche Perspektive müßte die Brust eines jeden fühlenden und denkenden Menschen mit großer Freude

erfüllen, denn was kann erhabener und freudiger sein, als die Auferstehung eines Toten? ... Das russische Volk war tot und aufersteht jetzt. Aber die dunklen, ewig bösen Mächte in der Welt, welche das Unglück der Menschen hervorgerufen, welche der Grund der vergossenen Ströme von Tränen und Blut sind, deren einziges Lebensziel ein unwürdiger, niederträchtiger Egoismus ist und es ewig bleiben wird, ebenso wie die Herrschaft und der Wunsch, ewig als Parasiten zu leben, — diese Mächte können sich mit einem solchen Erwachen nicht zufrieden geben, da es das Ende ihrer Tyrannenherrschaft, ihres Parasitenlebens bedeutet. Und überall, wo sie nur einen Schimmer dieser heranwachsenden Freiheit merken, da vereinigen sie sich in engen Reihen, kiffen unerhört zynische Intrigen an, um das erwachende Volk wieder zu unterdrücken, in neue Fesseln zu schlagen.

In gewissen Augenblicken verfehlt nicht dieser Gedanke in eine wahre Wut. Ich kann nicht begreifen, wie es solche Menschen geben kann, es sind einfach Tiere in Menschengestalt. In meinem fürchterlichen Gemüte verfluche ich sie und glaube, daß die Menschheit gegen sie, wie gegen Bazillen der Pest und der Cholera ankämpfen müßte!

Jedes Mal, wenn ich von diesen schrecklichen Attentaten, Mordanschlägen und Erschießungen höre, erhebt sich in meiner Seele eine fürchterliche Empörung. Ich denke:

Gott, warum bestrafen die Menschen, in solch selbsterlöschenden Augenblicken beim Morgenrot der Freiheit und der Wiedergeburt, warum bestrafen sie das Leben mit Mord, Blut und Gewalttaten?

Das sind ja Augenblicke eines so hohen geistigen Aufschwungs, wo die Seele bis zum Rande mit ehrfurchtvoller, andächtigster Ekstase erfüllt sein müßte. Die Lippen müßten ein leises, dankbares Gebet flüstern, der Kopf sich ehrfurchtsvoll niederbeugen und die Brust müßte von leiser Nahrung erfüllt sein, von einem tiefen Entzücken vor diesem seltenen Wunder, denn die Auferstehung eines Volkes ist ja das größte Wunder!

Die Menschen aber besudeln dieses alles, wie sie bisher ihr Leben, all ihre Heiligkeiten, wie sie keine Ideale in den Schmutz getreten haben. Ein zügelloses Vandalentum, eine grenzenlos ausschweifende Sittenlosigkeit, das allein war der Gott, der sie beherrschte.

(Fortsetzung folgt.)

